

Resolution des Kreistages Uckermark zur Kannenburger Schleuse in Templin

Die Stadt Templin ist staatlich anerkannter Erholungsort und Thermoheilbad. Dadurch hat die Tourismusbranche eine überdurchschnittliche Bedeutung für die Templiner Region. Durch die große, befahrbare Seenlandschaft bildet dabei auch der Wassertourismus eine wichtige Säule, der vielen Unternehmen, deren Mitarbeitern und ihren Familien das Auskommen sichert.

Die nun veranlasste, unvorbereitete und mindestens zwei Jahre andauernde Sperrung der Schleuse Kannenburg hat erhebliche Auswirkungen auf die Templiner Region. Sie wird durch die Schließung vom benachbarten Wassertourismusgebiet in Oberhavel und damit vom überregionalen Wasserstraßennetz mit Anschluss an die Havel und darüber u. a. nach Berlin für einen langen Zeitraum abgeschnitten. Die Erreichbarkeit und die Attraktivität des Wassersportreviers für Urlauber werden so massiv bedroht. Zuletzt wurden zwischen 6.000 bis 7.000 Schleusungen an der Schleuse Kannenburg pro Saison gezählt.

Die Art und Weise, wie es zur Sperrung der Kannenburger Schleuse gekommen ist, und wie im Folgenden nun damit umgegangen werden soll, ist nicht hinzunehmen.

Der Kreistag Uckermark kritisiert nachdrücklich, dass...

- das zuständige Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Eberswalde trotz Kenntnis des äußerst maroden Zustandes der über 100 Jahre alten Kannenburger Schleuse es über viele Jahre vollständig versäumt hat, rechtzeitig im Vorfeld eine Planung für einen Ersatzbau zu veranlassen und die notwendige Finanzierung für das Vorhaben zu sichern.
- die Sperrung nun Hals über Kopf verkündet wurde und den betroffenen Unternehmen und Kommunen so keine Möglichkeit gegeben wurde, sich darauf einstellen zu können.
- sich die Sperrung der Schleuse über voraussichtlich (mindestens) zwei Jahre hinziehen soll.

Der Kreistag Uckermark fordert deshalb die Bundeskanzlerin auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Planung und Finanzierung des Ersatzneubaus der Kannenburger Schleuse schnellstmöglich und ohne weiteren Verzug veranlasst wird.

Die Sperrung der Schleuse sollte durch ein koordinierendes Baumanagement auf den nur zwingend notwendigen Zeitraum der Bautätigkeit begrenzt bleiben und eine Tourismussaison nicht überschreiten.

Um den entstehenden wirtschaftlichen Schaden für die Region so gering wie möglich zu halten, sollte eine Zwischenlösung zur vorübergehenden Sicherung der hölzernen Spundwände und der Böschungssicherung geprüft werden, um den zeitweiligen Weiterbetrieb der Schleuse während der womöglich fast einjährigen Phase der Planung und Ausschreibung für den Ersatzneubau zu ermöglichen.

Des Weiteren fordert der Kreistag Uckermark die Bundeskanzlerin und den zuständigen Bundesminister auf, vor Ort direkt mit den betroffenen Unternehmern, Touristikern, Bürgern und kommunalen Vertretern über die eingetretene Problemlage und den beabsichtigten Lösungsweg ins Gespräch zu kommen.

Zudem ist für die Zukunft sicherzustellen, dass es keine weiteren Fälle wie die Kannenburger Schleuse gibt, bei denen der Reparaturbedarf bewusst von Jahr zu Jahr weiter aufgetürmt wird und erst nach Eintritt eines Totalschadens an eine Erneuerungsplanung gedacht wird. Der Kreistag Uckermark fordert deshalb eine vorausschauende Planung und langfristige Investitionssicherheit für die betroffene Wasserstraßeninfrastruktur.

Prenzlau, am 14. März 2018

Frank Bretsch
Fraktion SPD/BVB

Gerhard Rohne
Fraktion DIE LINKE

Gerd Regler
Fraktion FDP

Jürgen Mittelstädt
Fraktion BLR

Wolfgang Banditt
Fraktion CDU

Bernd Hartwich
Fraktion Grüne/RdU